

<b>Zeitschrift:</b>	Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
<b>Herausgeber:</b>	Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
<b>Band:</b>	26 (1932)
<b>Heft:</b>	11
<b>Artikel:</b>	Zur Weltlage : die deutschen Dinge ; Die Umlagerung ; Der Völkerbund, die Mandschurei, Herriot als Friedensstifter ; Der Zusammenbruch geht weiter ; Die Ermannung des Sozialismus ; Die Schweiz in Gärung ; Die Kirche und das Dritte Reich
<b>Autor:</b>	Ragaz, Leonhard
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-136311">https://doi.org/10.5169/seals-136311</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 30.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

nun, sich rüsten und vorbereiten, um möglichst gute, stichhaltige und schlagende Gegenargumente zu finden, die in einem auf den dritten Kurstag angesetzten Diskussionsmorgen vorgebracht werden mußten. Da fing ein eifriges Suchen und Nachdenken und nachher ein erfreuliches Diskutieren an. Und wie man alle Einwände widerlegt hatte, wurde auf allgemeinen Wunsch beschlossen, dieselben samt den Antworten zu sammeln, zu verarbeiten und zu einer kleinen Broschüre zusammenzufassen, gewissermaßen einen kleinen Katechismus zu drucken für die Friedenskämpfer. Vielleicht erschrecken einige Leser bei diesem Worte, doch glaube ich unnötigerweise. Nur eine kleine Wegleitung soll diese geplante kleine Schrift dem Neuling und in der Friedensfrage Unorientierten sein, an Hand derer er selber weiter suchen und forschen soll und wird. Nicht fertige, abgeschlossene Wahrheiten will sie bieten, nein, wir Friedenskämpfer wissen alle nur zu gut, daß wir die Wahrheit auch in diesen Fragen nie völlig und fertig *haben*, sondern daß wir immer aufs neue nach ihr suchen, ja, daß wir sie uns in letzter Linie schenken lassen müssen.

Damit wäre wohl das Wesentlichste gesagt über unsere Ferienkursarbeit, wohl auch dargetan, warum ich zu Anfang den Kurs als in seinem Sinn und Zwecke als einen gelungenen bezeichnet habe. Auf das, was zwischen der Arbeit lag, auf die persönlichen Beziehungen, die sich zwischen den einzelnen Kursteilnehmerinnen anbahnten und die eine menschliche Bereicherung für dieselben bedeuteten, will ich nur kurz hinweisen. Erwähnen möchte ich noch, wie uns *Frau Pfarrer Lejeune* aus Zürich in einem kurzen Abendreferat einen sehr interessanten Ueberblick über *pazifistische Bücher*, der sogenannten „schönen“ Literatur zugehörend, gab und uns Auszüge aus denselben in sehr lebendigen und von innerer Anteilnahme erfüllten Vorlesestunden vermittelte.

Zum Abschluß des Ferienkurses begaben sich alle Teilnehmerinnen (ca. zwei Dutzend waren es) nach St. Gallen, wo am Samstag und Sonntag, den 1. und 2. Oktober, die *Generalversammlung* der Liga stattfand. Unterbrochen wurden die geschäftlichen Verhandlungen am Samstag-Abend durch einen öffentlichen, äußerst auffälligen und packenden Vortrag des ehemaligen deutschen Reichstagsabgeordneten *Ströbel* über „*Die blutige Internationale*“. Ergänzt wurde sein Referat durch ein kurzes, aber eindrucksvolles Votum von *Franz Schmidt*, Redakteur an der St. Galler Volksstimme, über „*Die Rüstungsindustrie in der Schweiz*“. Beide Referate gipfelten in einem warmen Appell an die zahlreiche Zuhörerschaft, doch alles zu tun, um einen Krieg zu verhindern.

Tief bewegt und erfüllt von all dem Gehörten und Erlebten haben wohl mit mir alle Ferienkurs-Teilnehmerinnen am Schlusse der Tagung von neuem ein Gelübde abgelegt, das ich mit den Worten von Ernst Toller ausdrücken möchte:

„Wir wollen das Reich des Friedens zur Erde tragen,  
Den Unterdrückten aller Länder Freiheit bringen:  
Wir müssen um das Sakrament der Erde ringen.“

*Marie Lanz.*

## Zur Weltlage

Die Axe der Weltlage hat sich in der Berichtszeit nicht verschoben. Immer noch wird sie durch die gleichen Tatsachen bezeichnet: das deutsche Problem, die japanisch-mandschurische Frage, die nationale und nationalistische Erhebung und Bewegung, besonders

des Ostens, den Faschismus und Kommunismus, den Völkerbund und die Abrüstung, die wirtschaftliche Weltkrise. Verfolgen wir die Bewegung der Welt um diese Axe, wie sie in der Berichtszeit sichtbar wird, in den Hauptzügen.

### *Die deutschen Dinge.*

Die deutsche Entwicklung wird in diesem Zeitraum wesentlich durch zwei Ereignisse akzentuiert. Das erste ist *das Urteil des Leipziger Staatsgerichtshofes* in dem Streit zwischen Preußen und dem Reich, d. h. der Sozialdemokratie und dem Halbfaschismus. Es ist ein wenig anders ausgefallen, als man allgemein erwartete und auch wir angenommen hatten. Das oberste deutsche Gericht scheint weniger als man nach den Erfahrungen eines Jahrzehnts vorauszusetzen Ursache hätte, bloßes Organ der preußisch-militaristischen Reaktion zu sein. Es sprach zwar dem Reichspräsidenten das Recht zu, auf Grund des § 48 zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in die Autonomie der Länder, in diesem Falle Preußens, einzugreifen, bestritt ihm aber die Kompetenz zur Absetzung einer rechtmäßigen Regierung dieser Länder. Darob herrschte große Genugtuung in den sehr bescheiden gewordenen Linkskreisen. Aber das neue Regime tat, als ob es sich einen Pfifferling darum kümmerte und gewährte zwar den abgesetzten Ministern eine Scheinexistenz, fuhr aber mit seinen diktatorischen, auf eine endgültige Festigung des eigenen „Systems“ abzielenden Maßregeln gegen die preußische Verwaltung fort.

Der Sinn dieses Kampfes erschöpft sich nicht in dem Ringen um die Macht zwischen dem neuen Regime und der Sozialdemokratie nebst dem Zentrum (soweit dieses mit jener verbündet ist), sondern bedeutet auch ein Problem von viel größerer Tragweite: den Versuch der *Verpreußung Deutschlands*. Denn an die Stelle des besonders von gewissen Teilen des Zentrums, aber auch von andern Elementen geforderten Aufgehens von Preußen im Reich ist nun die umgekehrte des Aufgehens des Reiches in Preußen getreten. Das ist ein Hauptpunkt der sogenannten *Reichsreform*, die das Regime plant. Die Sozialdemokratie ist für den Kampf gegen diese Entwicklung besonders schlecht gestellt. Zwar gewährt ihr nun das Leipziger Urteil wieder die Macht, im Reichsrat, wo Preußen ein gewaltiges Uebergewicht (zwei Drittel der Stimmen) zur Verfügung hat, die Pläne der Regierung zu durchkreuzen, aber die zentralistische und uniformierende Tendenz, die ja dem marxistischen Sozialismus *überall* eignet, lähmt von vornherein ihre Kraft für das Ringen um eine wahrhaft föderalistische Gestaltung des Reiches, noch ganz abgesehen davon, daß ihre Führer, Braun und Severing, richtige Preußen sind und fast noch mehr Preußen als Sozialisten — wie denn zwischen Marxismus und Preußentum überhaupt ein geschichtlicher wie ide-

eller Zusammenhang besteht.<sup>1)</sup> Mehr ist vom Widerstand der andern Länder, vor allem Bayerns, zu erhoffen.

Zu erhoffen! Denn eine Verpreußung Deutschlands (man müßte eigentlich sagen: „eine *weitere* Verpreußung“, denn eine solche Verpreußung ist ja nach 1866 und 1870 schon weitgehend genug geschehen) wäre ein großes Unglück. Vor allem für Deutschland. Denn sie zerstörte zu Gunsten einer Scheinkraft seine wahre Kraft: die Ursprünglichkeit und den Reichtum seines Lebens. Zentralismus können *romanische* Nationen vertragen, für *germanische* ist er tödliches Gift. Ihre Lebensform ist der Föderalismus. Daß die Ersparnis an Verwaltungskosten eine Illusion ist, habe ich besonders aus den schweizerischen Erfahrungen heraus schon früher gezeigt. Nichts ist kostspieliger als eine zentralistische Bürokratie. In den kleineren, übersichtlicheren Kreisen lernen die Völker haushalten. Aber auch für Europa und die Welt wäre die verpreußende Zentralisierung Deutschlands ein Unglück. Denn nur ein föderalistisches Deutschland kann Mittelpunkt einer neuen Friedensordnung Europas sein. Womit übrigens auch gesagt ist, daß es nur für ein solches ein „Drittes Reich“ gibt, da nur ein solches zum Zentrum einer europäischen, zunächst kulturellen, aber mittelbar auch politisch wirkfamen freien Föderation werden kann.

Das zweite hervorstechende Ereignis der deutschen Entwicklung in der Berichtszeit sind die *Wahlen zum Reichstag*. Sie zeigen ihrerseits zwei wesentliche Züge: den *Rückgang des Nationalsozialismus* und das *Wachstum des Kommunismus*. Mit dem Verlust von zwei Millionen Stimmen, der nicht irgendwelchen lokalen Einflüssen entsprungen ist, sondern sich aufs ganze Reich in ziemlicher Gleichmäßigkeit erstreckt, scheint das Schicksal des Hitlerums besiegt, soweit es nach Art des italienischen Faschismus eine diktatorische Alleinherrschaft erstrebte. Es hat seine Stunde versäumt, und eine solche Stunde pflegt nicht wiederzukehren. Es bleibt bei unserem ceterum censeo: Hitler ist nicht Mussolini und das Deutschland von 1932 nicht das Italien von 1922. Wenn der Raufsch einer solchen Bewegung vorbei ist, dann müssen all ihre Widersprüche und Unklarheiten hervortreten. Die bloß nationalistischen und reaktionären Elemente werden nun großenteils bei Schleicher-Papen oder ihren Nachfolgern Anschluß finden, die revolutionären aber bald heimatlos sein und sich zum Kommunismus oder anderswohin verlaufen. Eine Zeitlang mag die Organisation und das Interesse der Führer das Ganze noch zusammenhalten, aber seine Auflösung in die Ele-

<sup>1)</sup> Aus Enthüllungen, die bei Anlaß der Leipziger Verhandlungen stattfanden und die von seltsamen, vor seiner Absetzung geschehenen, Konversationen zwischen Severing und von Gayl zu melden wußten, scheint hervorzugehen, daß Severing wie Braun aus lauter Angst vor Hitler das Eingreifen des Reiches in Preußen geradezu wünschten. Das wäre auch eine Erklärung für ihr rätselhaft passives Verhalten gegen den Leutnant und seine drei Mann.

mente ist unaufhaltsam wie ein Naturprozeß. Der Sozialismus ist eine geistige, soziale, politische, kulturelle Weltbewegung von unabsehbarer Perspektive, der Nationalsozialismus bloß eine psychotische Aufwallung.<sup>1)</sup>

Was aber das andere Charakteristikum der Wahlen, das Wachstum des *Kommunismus* betrifft, so ist es schon eine zum Nachdenken bewegende Tatsache, daß die kommunistische Reichstagsfraktion nun rund hundert Köpfe (leider nur im numerischen Sinne Köpfe) zählt, also hart in die Nähe der sozialdemokratischen mit ihren hundert- und zwanzig (von denen jene Bemerkung natürlich auch gilt) gelangt ist. Nimmt man dazu die Folgen der Zersetzung des Nationalsozialismus, von dem ja schon diesmal hunderttausende von Stimmen dem Kommunismus zugeflossen sein werden, so eröffnen sich Perspektiven für die deutsche Zukunft, wie die des Sozialismus, die von entscheidender Wichtigkeit sind.

Und nun? Das Regime Schleicher-Papen hat durch die Wahlen infofern eine Stärkung erfahren, als der neue Reichstag noch weniger als der alte als „arbeitsfähig“ erscheint. Es fährt auf seiner Linie fort. Seine „Reichsreform“ erstrebt nicht bloß eine Verpreußung Deutschlands, sondern auch eine Entdemokratisierung und Herstellung einer sogenannten autoritären Ordnung. Zu diesem Zwecke soll vor allem die Macht des Reichspräsidenten (die wahrhaftig groß genug scheint) noch weiter verstärkt, dem damit ohnehin geschwächten Reichstag ein Herrenhaus (das auch den unter Umständen widerspenstigen Reichsrat ersetzt), an die Seite gestellt, das Wahl- und Stimmalter auf fünfundzwanzig Jahre hinaufgesetzt, den selbständig Erwerbenden (sagen wir lieber: den Besitzenden) wie den Kriegsteilnehmern ein Pluralstimmrecht erteilt werden. In alledem stecken einige Wahrheitselemente (der Parlamentarismus mit dem Stimmen und Wählen, worauf er ruht, ist nicht das letzte Wort der Geschichte und der politischen Weisheit, auch nicht der Demokratie), aber sie werden von diesem Regime mit reaktionärer Tendenz und ohne den Geist, von dem sie befeilt sein müßten, verwendet. Nach außen hin verkündigt der Reichskanzler das *sacrum imperium Ger-*

<sup>1)</sup> Diese Prognose wird durch Kommunalwahlen in Sachsen und Lübeck bestätigt, bei denen die Nationalsozialisten bis zu 25 Prozent ihrer bei den Reichstagswahlen erlangten Stimmen verloren haben.

Arge Fehler aller Art haben, neben den rein politischen, zu diesem Umstahl beigetragen. Ich habe mich das letzte Mal gescheut, die Behauptung zu erwähnen, Hitler habe in seiner Unterredung mit Hindenburg verlangt, daß ihm eine dreitägige sizilianische Vesper („Nacht der langen Messer“) zur Hinschlachtung von mindestens fünftausend „Marxisten“ gewährt werde, aber sie tritt so bestimmt auf, daß ich sie nicht mehr verschweigen will. Dazu jene Geschichte des nationalsozialistischen Bahnhofinspektors in Braunschweig und Magdeburg, der Attentate auf die Züge vornehmen läßt, um daraus für sich Gewinn zu schlagen; die schmutzigen Geschichten von Hitlers Adlatus Röhm; Hitlers Verhalten im Beuthener Prozeß und vieles andere von dieser Art, das so schlecht zur Erneuerung Deutschlands paßt.

manicum, das ein romantischer Traum bleiben muß (ähnlich wie das: „Woll'n predigen und sprechen vom heiligen Deutschen Reich“, bei dem nun auch ein ehemaliger Führer der Jugendbewegung, der jetzige Professor der Theologie Wilhelm Stählin bezeichnenderweise gelandet ist), während das viel größere, unmittelbar mögliche wahre „Dritte Reich“ ihm entgeht. Die Geistverlassenheit des Regimes drückt sich in reaktionären Maßregeln aus, wie das Verbot des „Andern Deutschland“ für sechs Monate eine ist! Dafür taucht — sich durch törichte Reden als echten Hohenzoller neuesten Schlages ausweisend — der Kronprinz als möglicher „Reichsverweiser“ und späterer Kaiser auf, was wohl ein vorläufiges „finis Germaniae“ wäre. Mit seinen wirtschaftlichen Maßregeln ergeht es dem Regime, wie wir vorausgesagt haben: es schwankt zwischen Landwirtschaft und Industrie, Autarkie und Weltwirtschaft hin und her. Von einer wirklichen Belebung der Wirtschaft kann keine Rede sein. Die Not der Arbeitslosen wird vermehrt, der Arbeitsdienst auf eine Linie gebracht, an deren Ende ein neues Helotentum steht und zugleich der Militarisierung dienstbar gemacht. So fehlt dem Regime trotz seiner schneidigen Haltung eben doch der Boden unter den Füßen. Dieses spürend versucht es eine Koalition aller scheinbar oder wirklich konservativen Elemente zu stande zu bringen, indem es den Hitlerleuten Posten gewährte und dem Zentrum Kulturkampfpositionen: konfessionellen Unterricht und Ähnliches, wobei es vom Vatikan infofern unterstützt zu werden scheint, als dieser die von der Mehrzahl der deutschen Katholiken, besonders der geistlichen Führer, geübte scharfe Ablehnung des Nationalsozialismus nicht billigt, durch Spekulation auf die Reaktion eine Katastrophe der römischen Kirche vorbereitend. Ob diese Koalition gelingt? Wenn nicht, dann scheint bloß die offene Diktatur, mit einem verfassungsändernden Staatsstreich verbunden, übrig zu bleiben. Denn eine neue Reichstagswahl würde an der heutigen Lage schwerlich allzuviel ändern. Ob indes das andere Mittel viel hülfe? Eine solche konservative und reaktionäre Konzentration würde die Dauer des Regimes gewiß bedeutend verlängern. Aber die Elemente, auf die es sich stützte, blieben doch zu verschiedenartig und sich widersprechend. Und wer glaubt im Ernst, daß die vulkanischen Mächte, die unsere heutige Welt erschüttern, schon zur Ruhe gekommen seien? So bleibt *Eile* (freilich mit *Ruhe* gepaart) das Gebot für die, welche einst die Liquidation dieses Intermezzos und den wirklichen Neubau übernehmen sollen. Die vorausgehende *Katastrophe* aber scheint unvermeidlich.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Inzwischen ist der Sturz des Reichskanzlers von Papen geschehen. Die „nationale Konzentration“, die er erstrebt, ist ihm nicht gelungen. Sie soll nun wohl ohne ihn zustande gebracht werden. Am außen- und innenpolitischen Kurs wird dadurch schwerlich viel geändert. Es bleiben wohl die im Text gemachten Bemerkungen gültig.

19. November.

### Die Umlagerung.

Wenn auch, wie ich am Eingang dieser Erörterung bemerkt habe, die Axe der Weltlage sich in der Berichtszeit nicht verschoben hat, so vollzieht sich doch fortwährend eine Umlagerung ihrer Elemente. Und zwar ist diese durch jene alles beherrschenden Faktoren bedingt, die ich angedeutet habe: deutsches Problem, fernöstliche Frage, nationale und nationalistische Erhebung, Faschismus und Kommunismus, wirtschaftliche Weltkrise.

Durch das *deutsche Problem*, genauer: durch die neue, von Deutschland ausgehende Gefahr, sind einige Vorgänge bestimmt. Polen versucht durch eine Verständigung mit Rußland sich gegen Deutschland den Rücken freizuhalten. Es scheint damit sogar ein wenig von Frankreich abzurücken. Rumänien soll aus dem gleichen Grunde auf Frankreichs dringenden Wunsch mit Rußland ebenfalls einen Nichtangriffspakt schließen, wobei aber Beßarabien ein Hindernis bildet. Prag versucht sich, wieder aus dem gleichen Grunde, mit Ungarn zu verständigen. Die Demission Zaleskis, des bisherigen polnischen Außenministers, der doch wohl eine ernsthafte pazifistische Politik machte, und seine Erfsetzung durch den mit Pilсудski eng verbündeten Obersten Beck, wie die um die Person Titulescus sich bewegende politische Krise in Rumänien scheinen ebenfalls damit zusammenzuhängen. Das alles gehört im übrigen doch zu der französischen Politik der Isolierung Deutschlands, die der Gegenzug auf eine entsprechende deutsche und italienische (und wohl ein bißchen auch englische) Politik ist. Dem gleichen Ziele dient die versuchte französische Verbündung mit Spanien, die ihre Spitze besonders gegen den italienischen Faschismus richtet, wie die damit eigentlich im Widerspruch stehende Annäherung zu Italien<sup>1)</sup> und die wohl Tatsache gewordene zu England und Amerika.

Frankreichs innere Politik ist mindestens zur Hälfte ebenfalls durch sein Verhältnis zu Deutschland bestimmt. Man vertraut (zu Recht oder Unrecht) auf Herriot, daß er in dieser Beziehung das für Frankreich Notwendige tun werde. Die Rechte steht Gewehr bei Fuß, während seine eigene Partei ihm auf ihrer Tagung zu Toulouse berausfchende Triumphe bereitet und vorher schon die Senatswahlen seine Stellung verstärken — bis auf weiteres!

Die Annäherung zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten (die zu Gunsten Frankreichs Schuldennachlaß und Entgegenkommen in der Abrüstungspolitik bedeutet) bildet die Brücke zu dem andern Faktor: dem *japanisch-mandschurischen Problem*. Amerika will sich gegen Japan Bundesgenossen erwerben und kommt darum Frankreich entgegen. Aus dem gleichen Grunde ist Rußland zu einer,

<sup>1)</sup> Herriot hat bekanntlich mehrfach erklärt, man habe in den Friedensverträgen und sonst Italien moralisches Unrecht angetan.

wenigstens vorläufigen Verständigung mit Frankreich, wie mit Polen und Rumänien willig und wäre sogar bereit, den Mandschureistaat gegen japanische Konzessionen anzuerkennen — tut wenigstens so! So geht fast unübersehbar das Schachspiel der Weltpolitik hin und her. Inzwischen geht in der Mandschurei der Widerstand gegen Japan verheerend weiter (von „Ruhe und Ordnung“ keine Spur) und nähert sich die ökonomische Not Japans, besonders die seiner Landwirtschaft, der Katastrophe. China selbst freilich wird durch den fort dauernden Bürgerkrieg geschwächt. Der Kommunismus (was sich dort so nennt) beherrscht weite Gebiete des Riesenlandes, während andere, besonders die Mandschurei, durch Naturkatastrophen (Ueberschwemmungen) verheert werden, welche, Krankheit und Hungersnot erzeugend, Zehntausende wegraffen. Neuerdings melden sich Versuche, auch Nordchina, mit Peking, vom übrigen China loszureißen und mit der Mandschurei zu verbinden, womit Japans Herrschaft über ganz Ostasien gesichert wäre. England aber ist durch das Entgegenkommen besonders gegen Kanada im Interesse der Festigung seines Imperiums mit Rußland wieder weiter auseinander gekommen, was einen neuen Faktor auf dem weltpolitischen Schachbrett bedeutet.

Der *Wirtschaftslage* entsprungen sind auch die politischen Vorgänge in Jugoslawien, wo etwas wie ein demokratisches und föderalistisches Revirement vor sich zu gehen scheint, in der Tschechoslowakei, wo das Kabinett sich umschichtet, in Belgien, wo das katholische und liberale Ministerium Renkin sich auflöst und Neuwahlen geschehen (in der Tschechoslowakei bereitet die Herabsetzung der Gehälter Schwierigkeiten, in Belgien die Kontingentierung, in Jugoslawien die allgemeine ökonomische Lage Not) und in Chile, wo wieder der alte Präsident Alessandri obenaufkommt. Der Krieg im Chaco, der ähnlichen Ursachen entspringt, scheint nach Erfolgen der Paraguayaner zu einem gewissen Stillstand gelangt zu sein. Holland sucht Anschluß an das englische Welthandelsystem (das gleiche tun faktisch die skandinavischen Staaten; das muß auch auf die Politik abfärben), während Finnland dem sogenannten Oslo-System beitreten will. Frankreichs innere Politik ist neben der Stellung zu Deutschland durch seine plötzlich auch bedrohte Finanzlage beherrscht, die einen „Lohnabbau“ nötig zu machen scheint. Es hat inzwischen nach dem englischen Vorbild seine innere Staatschuld in der Höhe von 12 Milliarden Schweizerfranken konvertiert und deren Zinsfuß auf 4,5 Prozent heruntergedrückt. Die dritte Balkankonferenz endlich, die kürzlich in Bukarest stattfand, war auch stark wirtschaftlich bedingt. Allerdings konnte sie sich, um die aus wirtschaftlichen Gründen dringlich gewordene Einigung zu finden (die natürlich auch in politischer Beziehung äußerst erwünscht ist), der Minderheitenfrage nicht entziehen, ob der es zunächst zu einem Bruch mit

der bulgarischen Delegation kam. Es wurde eine Kommission beschlossen, welcher mit allfälligm Weiterzug an den Völkerbund künftige Konflikte, die aus der Minderheitenfrage entstehen, vorgelegt werden können. Eine weitere balkanische Kommission soll abwechselnd in allen Hauptstätten des Balkans ihren Sitz haben und das Schiedsgericht für andere balkanische Streitigkeiten bilden, mit allfälligm Weiterzug an den Gerichtshof im Haag. Alles verheißungsvolle Zeichen in diesem früheren weltpolitischen Gefahrenzentrum.

Die dritte Art von Veränderungen wird durch das *nationale und nationalsozialistische Motiv* erzeugt. Es spielt in Belgien als Gegen- satz zwischen den Flamen und Wallonen (welch eine traurige Sache!) mit. Im Verhältnis zwischen England und Irland ist es bestimmend, findet aber, nach dem Abbruch der Verhandlung über den Treueid und die Annuitäten, in einem verheerenden Wirtschaftskrieg Ausdruck. Im Dienste des Nationalismus in seiner *faschistischen* Form stehen selbstverständlich die Verhandlungen zwischen Mussolini und dem ungarischen, faschistisch gesinnten Ministerpräsidenten Gömbös, der ihn besucht. Dazu Mussolinis eigene Reden in Turin und Mailand, bei denen freilich auch die demagogische Befessenheit des Augenblicks eine Rolle spielt. Er jongliert darin zwischen Krieg und Frieden, ironisiert den Völkerbund, plädiert für eine Leitung Europas durch die vier Großmächte (unter Auschaltung der ihm größtenteils feindlich gesinnten kleinen und mittleren Staaten), verspricht Italien eine glänzende Zukunft und zugleich dem Faschismus die Herrschaft über das kommende Jahrhundert — alles im Stil und Geist eines etwas gescheiteren Wilhelm des Zweiten, wahrscheinlich auch mit dem gleichen Ergebnis.<sup>1)</sup> Daß große schweizerische Zeitungen einen solchen Mann, dessen Erfolg der Untergang der Schweiz wäre, bei Anlaß des zehnjährigen Jubiläums des Marsches auf Rom mit byzantischen Lobhudeleien überhäufen, ihn einen „echten, großen Staatsmann“, eine „große Persönlichkeit“ nennen, ist vielfagend. Also einer, an dessen Händen das Blut von Taufenden von Hingemordeten klebt, der auch auf jede Weise Frieden und Demokratie verhöhnt, um vom Völkerbund zu schweigen, dessen Spitzel dazu

<sup>1)</sup> Einige Stellen dieser Reden verdienen festgehalten zu werden:

„Es waren [sc. die Tage nach dem Krieg] gewiß schöne Augenblicke, aber die Zukunft wird noch viel schöner sein.“ „Ich sage es dir, du unermessliche Volksmenge, mit voller Seelenruhe: Binnen eines Dezeniums wird Europa faschistisch und faschifiziert sein. Der Widerstreit, in den sich die zeitgenössische Kultur verstrickt sieht, wird nur auf eine Art überwunden: durch die Lehre und Weisheit Roms.“ „Das zwanzigste Jahrhundert wird das Jahrhundert des Faschismus sein; es wird das Jahrhundert der italienischen Macht sein; es wird das Jahrhundert sein, in welchem Italien zum dritten Male die Leitung der menschlichen Kultur in der Hand haben wird. Denn außerhalb unserer Prinzipien gibt es kein Heil für die Einzelnen und noch viel weniger für die Völker.“

den Frieden unseres Landes stören, der eine Gefahr für ganz Europa bedeutet, ist eine „große Persönlichkeit“, ein „echter, großer Staatsmann“! Und die so reden, sind die gleichen Leute, die den schweizerischen Patriotismus gepachtet haben, „auf vaterländischem Boden“ stehen und über jene Diktatur des Proletariates zetern, die freilich törichterweise, aber als bloße praktisch bedeutungslose Verunzierung, im schweizerischen sozialdemokratischen Programm steht. Die Amnestie, die bei jenem Anlaß erteilt wurde, ist für die politischen „Verbrecher“ bloßer Schein.

Der Faschismus greift immer noch um sich, wo er einen vorbereiteten Boden findet. Der japanische Militarismus soll auch stark faschistisch infiziert sein. Man rede von einem „kaiserlichen Sozialismus“, zu dem sich einflußreiche Offiziere bekennten. In Wien ist es zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten zu einem blutigen Kampf um das Arbeiterheim im proletarischen Simmeringquartier gekommen. Eine der Begleiterscheinungen des Faschismus ist fast überall (nur in Italien nicht): der *Antisemitismus*. Dieser hat in der Studentenschaft von Wien, Warschau, Budapest, Cernowitz, dazu in Lemberg wieder arge, zum Teil blutige Unruhen erzeugt. Der *Nationalbolschewismus* bildet eine Bastardisierung von Faschismus und Kommunismus. Er taucht in Deutschland mit allerlei Gruppierungen immer wieder auf und infiziert auch den Kommunismus.

In edlerer und berechtigter Form erscheint der Nationalismus bei den wirklich unterdrückten Völkern. In Indien scheint Gandhis heroische Tat eine Neubelebung seiner Bewegung bewirkt zu haben. Er selbst bleibt freilich im Gefängnis. Die Round Table Conference, die jetzt wieder in London beieinander ist, muß es diesmal ohne ihn machen und natürlich auch ohne jede Beteiligung des Allindischen Kongresses. — Sehr bedeutsam bleiben immer die Bewegungen in Vorderasien, welche auf eine Einigung des Arabertums abzielen. Iraks Beispiel wirkt auf Syrien und Transjordanien zurück. In Palästina scheint sich der Gegensatz zwischen Juden und Arabern infolge einer neuen englischen Politik, vertreten durch den Gouverneur Wauchope, etwas zu bessern. Vor allem aber die Lage des Judentums. Palästina dürfte wohl das einzige Land sein, das während der Weltkrise einen ganz starken Aufschwung nimmt, zum Teil *infolge* der Krise, die ihm Menschen und Mittel zuführt! <sup>1)</sup>

Durch die Weltkrise sind endlich auch die *amerikanischen Wahlen* beherrscht gewesen. Sie haben eine gewaltige Niederlage der Republikaner gebracht. Das kann einem für Hoover schon ein wenig leid tun. Denn er war doch einst in schweren Tagen „der Ernährungsminister der Welt“, und seine Friedensaktionen echter

<sup>1)</sup> Für alle diese Zusammenhänge sind die Bücher und Aufsätze von *Hans Kohn* stets eine Quelle der allerbesten Art.

Ueberzeugung entsprungen (der Quäker in ihm ist doch nicht ganz erstorben), wenn auch mit allerlei Nebenmotiven belastet. Aber er fiel einem Götzen, dem er gedient: der prosperity, zum Opfer. Die Hartnäckigkeit seines „Optimismus“ in bezug auf die Ueberwindung der Krise und seine ebenso hartnäckige Weigerung, gegen das Uebel der Arbeitslosigkeit direkt vom Staate aus etwas zu tun, forderten ein Gericht heraus. Was aber die *Prohibition* betrifft, gegen die es in diesem Kampfe ebenfalls ging, so kann man aus ihrem Schicksal (das nun wohl besiegt sein wird) aufs neue lernen, daß Gesetze machtlos sind, wo nicht eine allgemeine Ueberzeugung ihnen recht gibt und ihre Ausführung trägt. Im übrigen mag man den Umschwung als ein Zeichen des Erwachens aus Sattheit und Sicherheit betrachten, das nun in dem Volke der „prosperity“ eingesetzt hat, ein Erwachen aus dem Rausche der Technik und der „Wirtschaftswunder“. Das wäre mehr als die *Prohibition*. Und auch die Hoffnung mag nicht ganz grundlos sein, daß die Partei Wilsons noch einen Schritt weiter aus der amerikanischen freiwilligen Isolierung heraustreten und sich der Verbundenheit auch mit Europa erinnern werde. Eine Probe darauf wird ja bald sein Verhalten zu der Förderung Englands, Frankreichs und Belgiens sein, daß ihnen die am 15. Dezember fällige Rate der Schuldenzahlung gestundet werde. Es ist das ja die Voraussetzung einer Ratifikation der Beschlüsse von Laufanne.<sup>1)</sup>

#### *Der Völkerbund, die Mandchurei, Herriot als Friedensstifter.*

Wir haben uns, die Umlagerungen in der Axe der weltpolitischen Ereignisse verfolgend, ins Weite verloren und müssen nun zu den zwei Punkten zurückkehren, die vorläufig noch für die Richtung jener Axe wesentlich sind: zum deutschen und japanisch-mandschurischen Problem.

Beginnen wir mit dem letzteren. Binnen kurzem, noch vor dem Erscheinen dieses Heftes, soll der Völkerbundsrat in Genf zusammenentreten, um an Hand des Lytton-Berichtes endgültig zu jenem Problem Stellung zu nehmen. Jedermann weiß, daß es dabei um die moralische Existenz des Völkerbundes geht. Der *Lytton-Bericht* stellt mit seinen Ratschlägen das Minimum dessen dar, was der Völkerbund fordern und das Maximum dessen, was er gewähren darf, wenn er nicht seinen Bankrott erklären will. Werden sich Kräfte finden, die diesen abwenden?

Das ist die bange Frage, die in diesen Tagen alle die bewegt, welche an den Weltentwicklungen bewußt und aktiv teilnehmen und auf eine Rettung der Welt vor dem neuen und menschlich gesprochen endgültigen Sturz in den Abgrund hoffen. Man weiß, daß die ganze

<sup>1)</sup> Griechenland und Ungarn machen es sich bequem: sie erklären einfach, nicht zahlen zu können. Auch Polen und die Tschechoslowakei bitten um Stundung.

„revisionistische“ Koalition samt Japan und vielleicht immer noch Sowjetrußland (aus verkehrter Angst, der Völkerbund werde ein Instrument des Kampfes gegen es werden) den Zerfall des Bundes nicht ungern sehen würden und, soweit sie Mitglieder sind, auf dem Sprunge sind, das sinkende Schiff zu verlassen, während auf der andern Seite freilich sowohl England als Frankreich ihre Treue gegen ihn versichern und Amerika sich ihm stärker angenähert hat als je. Inzwischen hat (was immerhin ein Zeichen ist, daß man ihm noch Bedeutung und Dauer zuspricht) ein heißes Ringen um die Neuordnung der Völkerbundsbureaucratie stattgefunden. Generalsekretär ist nun an Stelle des zurücktretenden (warum eigentlich? Die Öffentlichkeit hat es bisher nicht erfahren) Erik Drummond, dieses Automaten, der dies vielleicht nur scheinbar war, bei dem aber der Unterschied gegenüber Albert Thomas sehr zu seinen Ungunsten hervortrat, der Franzose *Avenol* getreten, von dem eine andere Art zu erwarten wohl etwas kühn wäre. Denn wer wählt heute, *wissend*, einen ganzen, selbständigen und originalen Mann an eine solche Stelle? Es fehlen die Menschen — überall.

Aber neben dem japanisch-mandschurischen Problem erhebt sich, noch entscheidungsschwerer, das der *Abüstung*. Was ihm jetzt seine Farbe und Spannung gibt, ist die deutsche Aufrüstungsforderung, die den Namen „Gleichberechtigung“ trägt. Und hier ist nun das große Ereignis: der *neue französische Vorschlag*, der jetzt mit dem Namen Herriots verbunden ist. Was ist sein Sinn und Inhalt? Sein Sinn ist, der deutschen Forderung durch Entgegenkommen ihre Gefährlichkeit zu nehmen und gleichzeitig den Vorwurf von Frankreich abzuhalten, daß vor allem es der Abrüstung widerstrebe. Beherrsch ist der Plan durch die Sicherheitsforderung. Die Sicherheit soll durch ein ganzes System hergestellt werden, das eine Art Auswahl aus allen bisherigen Vorschlägen dieser Art darstellt. Es soll der § 16 des Völkerbundspaktes, der den Mitgliedstaaten ihr Gebiet gegen Angriffe sichern will, durch neue Bindungen wirksamer und ebenso, auf Grund der Versicherungen Stims, daß es in einem künftigen Kriege keine Neutralität mehr gäbe (was bedeutet, daß Amerika einem „Angreifer“ nicht Waffen und Lebensmittel lieferte), der Kellogg-Pakt verstärkt werden. Dazu soll ein System von regionalen Bündnissen treten, die eine gegenseitige Hilfe verbürgten. Verboten werden soll der Luftkrieg, mit dem chemischen Krieg, die Luftschiffahrt internationalisiert werden. Endlich sollen alle Heere reine Defensivheere und zu diesem Zwecke allgemein das Milizsystem eingeführt werden. Den Milizheeren, als einer Defensivtruppe, würden aber keine schweren Waffen, wie sie für den Angriff nötig wären, anvertraut. Solche blieben dem Völkerbund vorbehalten und zwar so, daß die Kontingente in der Obhut der verschiedenen Mitglieder wären, aber mit der Bestimmung, daß nur der Völker-

bund sie brauchen dürfe. Das Gleiche geschähe mit einer bestimmten Art von Truppen. Eine internationale Kontrolle würde über die strenge Erfüllung dieser Bestimmungen wachen. Die Abrüstung würde sich im übrigen in Etappen vollziehen, nach dem Maße der wachsenden Sicherheit. Es würde dabei auf die besondere Lage und die besonderen Bedürfnisse der verschiedenen Völker Rücksicht genommen. Die Kolonialvölker erhielten Kolonialtruppen zugestanden; die Angelsachsen brauchten das Milizsystem nicht einzuführen. Frankreich selbst würde seine eigene Abrüstung von dem Maße der ihm gewährten Sicherheit abhängig machen. Es würde, je nachdem, von einem Minimum zu einem Maximum von Abrüstung schreiten. Jedenfalls würde es den Plan als ein *Ganzes* betrachten: es würde Konzeßionen nur machen in dem Maße, als ihm seine Sicherheitsforderungen gewährt würden.

Das wäre also, in seinen Hauptpunkten, dieser berühmte Plan, um den so viel herumgeheimnißt worden und über dem es zu einem Konflikt zwischen dem französischen Generalstab und dem Ministerium gekommen ist. Was ist dazu zu sagen? Ist das das Ei des Kolumbus? Ist das der Weg?

Ich denke, niemand, dem es wirklich um die *Abrüstung* zu tun ist, wird diesen Entwurf aufmerksam lesen können ohne Kopfschütteln und tiefe Enttäuschung. Er enthält völlig utopische Elemente. Wer kann im Ernst an solche nationale Waffen- und Truppenkontingente glauben, die bloß dem Völkerbund zur Verfügung stünden? Wer an eine ernsthafte internationale Kontrolle? Wer an ein wirksames Verbot des Luftkrieges? Noch vor kurzem hat Baldwin, also einer, der es wissen kann, erklärt, es sei undenkbar, daß in einem künftigen Kriege (fügen wir, wohl in seinem Sinne hinzu: falls man es zu einem solchen kommen ließe) auf irgend ein wirksames Kriegsmittel verzichten würde. Das alles sind Illusionen, die ein jedes Kind durchschauen kann. Und dann die Bestimmung, daß auf die besondere Lage und die besonderen Bedürfnisse jedes Landes Rücksicht genommen werden müsse. Durch die weiten Maschen dieses Netzes würde jede Art von Aufrüstung gehen. Denn jedes Land würde, nach dem Beispiel der Schweiz, behaupten, seine Lage sei eine ganz besondere und erfordere ein Maximum von „Sicherheit“. — Der Plan entbehrt ferner jeder *politischen* Grundlage. Er muß den Verdacht erwecken, daß sein Ziel die Erhaltung des *status quo* sei. Dagegen müssen sich die damit Unzufriedenen wehren, und das ganze schöne Luftschloß Herriots und Boncours fällt zusammen. Ohne eine politische Neuordnung im Sinne der Befriedung, worin alle *berechtigten* Forderungen des Revisionismus erfüllt sind, fehlt jedem Abrüstungsplan das Fundament — noch abgesehen von den geistigen und sozialen Voraussetzungen, die selbstverständlich noch entscheidender sind.

Das Schlimmste aber an dem ganzen Plan ist der Versuch, die Abrüstung herbeizuführen durch — *Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Form des Milizsystems*. Denn nicht mehr und nicht weniger bieten Herriot und Boncour Deutschland und allen denen, die das Geschenk begehrten, an. Das ist die große Ueerraschung, die uns den Ausruf nahelegt: „Gott bewahre mich vor meinen Freunden, mit meinen Feinden will ich schon fertig werden — Gott bewahre mich vor Herriot und Boncour, mit von Schleicher und von Seekt will ich schon fertig werden.“ Es brauchen nach allem, was wir über das Milizsystem in den „Neuen Wegen“ und anderswärts gesagt haben, darüber hier nicht viele Worte gemacht zu werden.<sup>1)</sup> Für uns ist vollständig klar, daß die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Gestalt des Milizsystems die allgemeine Aufrüstung besiegen würde. Es wäre eine Popularisierung und damit Blutauffrischung des Militarismus. Dieser würde dadurch unbesieglicher als je. Und selbstverständlich würde, nach den Vorschlägen des Generals von Seekt, die Berufsarmee in irgend einer Form damit verbunden. Auf eine Kontrolle würde man pfeifen. Kein Wunder, daß sich die deutschen Militär und Militaristen vor Freude über dieses ganz unerwartete Geschenk im stillen die Hände reiben. Sie werden nun ungehindert nach Herzenslust aufrüsten, ganz nach eigenem Belieben. Denn sobald sie damit weit genug sind, werden sie Herriot und Boncour, auch Lord Cecil und andern Gleichberechtigungspazifisten, Eins blasen. Und wir sind in voller Fahrt auf dem Wege zum Abgrund.

Wie konnten Herriot und seine Mitarbeiter auf eine solche Idee kommen? War es bloß die Angst vor der Reichswehr? Oder war es wirklich die Illusion von dem demokratischen und pazifistischen, wie defensiven Charakter des Milizheeres? Haben etwa die einst von Jaurès in seinem Buche „*L'armée nouvelle*“ vertretenen Gedanken sie beeinflußt? Oder muß man noch irgendwelche andere Hintergründe annehmen?<sup>2)</sup>

Interessant ist, daß ein Léon Blum, den manche als besonders entschiedenen Antimilitaristen zu betrachten geneigt sind, diesem Aufrüstungsplan begeistert Beifall zollte, vielleicht auch in der Meinung,

<sup>1)</sup> Ich verweise aber nochmals dringend auf die von der Zentralstelle für Friedensarbeit (Gartenhofstraße 7, Zürich 4) herausgegebene kleine Flugschrift: „*Dient das Milizsystem dem Frieden?*“ Sie ist nun auch ins Französische und Englische übersetzt. Kein ernsthafter Pazifist sollte unterlassen, sie zu lesen und zu verbreiten.

<sup>2)</sup> Welcher Illusionen Herriot in dieser Beziehung fähig ist, beweisen seine Worte: „Wir haben erkannt, daß eine Prätorianertruppe ein autoritäres Regime erzeugt, während ein demokratisches Heer ein demokratisches politisches Regime schafft.“ Kann ein Staatsmann in nüchternem Zustand solchen Unsinn sagen? Es ist doch klar, daß umgekehrt ein autoritäres Regime eine Prätorianertruppe erzeugt und auch das Milizsystem in *seinem* Sinne gestalten wird.

daß damit ja das Programm von Jaurès erfüllt werde. Das wäre dann ein Beispiel mehr, wie ein Kleiner die Gedanken eines Großen, die dieser unter ganz andern Umständen vertrat, festhält, während der Große in der neuen Lage wieder ganz anders dächte. Denn nichts ist sicherer, als daß ein Mann wie Jaurès heute nicht mehr eine Armée Nouvelle, sondern eine völlige Zerstörung des heutigen Militärsystems verlangte.<sup>1)</sup> Weniger darüber wundern muß man sich, wenn ein Lord Cecil mit der einen Hand das Manifest gegen die allgemeine Wehrpflicht unterschreibt, mit der andern aber das Milizsystem empfiehlt, das die allgemeine Wehrpflicht voraussetzt und darin sein Charakteristikum hat; denn bei diesem Manne scheinen nun einmal Herz und Kopf nicht ganz im richtigen Verhältnis zu stehen.<sup>2)</sup> Nicht ferne liegt der Verdacht, daß auch Schweizer sich Mühe gegeben haben, Herriot dieses „Instrument des Friedens“ zu empfehlen. Der Jubel unserer Militaristen und Pseudopazifisten über diese unerwartete Rettung ihres Idols ist groß und — vorläufig — berechtigt.

Dieser Plan stammt in Wirklichkeit ja nicht von Herriot und Boncour und Genossen, sondern vom Teufel selbst. *Seine Verwirklichung bedeutete nicht mehr und nicht weniger, als den völligen Zusammenbruch der ganzen Friedens- und Abrüstungsbewegung, ja, nicht nur deren Zusammenbruch, sondern eine ganz ungeheure Stärkung des Militarismus.* Es ist notwendig, daß sich darüber alle ernsthaften Pazifisten klar seien. Denn nur dann kann die Gefahr abgewendet werden. Sie ist riesengroß. Denn es ist wahrscheinlich, daß zwar die übrigen Bestandteile des Herriot-Planes sich in Luft auflösen, dieser aber bleibt. Die Pforte zur Aufrüstung ist geöffnet, sie wird durch Menschen schwer wieder zu schließen sein. Schon meldet Österreich seinen Anspruch an (wo die Sozialdemokratie so töricht war, ihm von vornherein zuzustimmen, behauptend, es werde doch nicht Ernst damit) und die andern werden nachfolgen.

Was ist denn zu tun? Ist überhaupt etwas zu tun?

Jedenfalls müssen wir mit äußerster Energie alle Ehrlichen auf die drohende Gefahr aufmerksam machen. Und die Lage ist doch nicht hoffnungslos. Denn Erstens: Es ist keine Ausicht, daß der ganze Herriot-Plan angenommen werde und dann ist das Ergebnis zwar die deutsche und andere Aufrüstung, aber auch das deutliche

---

<sup>1)</sup> Ich verweise im übrigen auch auf die zwei Bände der Oeuvres de Jean Jaurès, die den Titel tragen: „Pour la Paix“.

<sup>2)</sup> *Guiglemo Ferrero*, ein im übrigen ganz anderer Mann, verwickelt sich nicht weniger in einen ganz offenkundigen Widerspruch, wenn er im „Journal de Genève“ (No. 307) nachweist, daß das Milizsystem, von der französischen Revolution ausgegangen, anfangs zwar einen rein defensiven Charakter gehabt, später aber zu einer Offensivwaffe geworden sei, und dann zu dem Schluß kommt, es eigne ihm ein defensiver Charakter. Die entgegengesetzte Folgerung drängt sich ja völlig auf.

Fiasco der Abrüstungsbewegung. Es bleibt dann, zweitens, übrig, was immer die Hauptfache war: die politische, soziale und vor allem geistige Revolution, die mit den heutigen Ordnungen auch das Militär- und Gewaltsystem, das Milizsystem inbegriffen, wegliest. Das muß nun unser Ziel sein. Aber nicht auf dem Wege Amsterdams.<sup>1)</sup>

Die Herren Aufrüster mit oder ohne pazifistische Maske, die deutschen wie die schweizerischen an der Spitze, könnten doch mit ihrem Milizsystem die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben. Sind ihnen nicht die die Internationale singenden Genfer Soldaten eine Menetekel? Dorthin führt *ihr* Weg; *unsere* Zuversicht aber ist der, von welchem es wohl auch im Hinblick auf gewisse Friedensstifter heißen darf: „Er lachet ihrer.“ (Psalms 2, 4.)

### *Der Zusammenbruch geht weiter.*

Bei dem engen Zusammenhang zwischen den politischen und den wirtschaftlichen Entwicklungen liegt auf der Hand, daß eine solche unheimliche Zuspitzung der politischen Lage nicht einen wirtschaftlichen Aufschwung begünstigen kann. Einige Zeichen der Erholung scheinen zwar vorhanden zu sein. Sie sind fast selbstverständlich. Ohne Schwankungen läuft ein solcher Prozeß nicht ab. Die Erschöpfung der Lager und die Notwendigkeit der Konsumtion mag da und dort die Preise etwas erhöhen, Produktion und Handel ein wenig anregen, aber dadurch kann die Ueberzeugung nicht erschüttert werden, daß wir in eine Geschichtskatastrophe eingetreten sind, die ihren Fortgang nehmen wird und auf die wir uns einzustellen haben.

Ein besonders deutliches Zeichen *dieses* Sachverhaltes sind die *Hungermärsche* der Arbeitslosen. Ein solcher, in London mündend, mit einer Petition von einer Million Unterschriften auch ans Parlament gelangend (ohne dort Zulassung zu finden), hat England erschüttert. In Amerika rüsten sich neue Märsche nach Washington. Durch die Arbeitslosigkeit erzeugte Unruhen, oft mit blutigem Ausgang, brechen in aller Welt aus — züngelnde erste Flammen des großen Brandes, der uns droht. Ein nicht weniger bedeutsames Symptom ist die Zahl von 500 000 arbeitslosen deutschen „*Wanderern*“. Ebenso der *Verkehrsstreik in Berlin*, den Nationalsozialisten und Kommunisten gegen die Sozialdemokraten erzwangen. Die *schweizerische Arbeitslosigkeit* ist in der Berichtszeit auf rund 60 000 gestiegen. Zusammenbrüche wie die der altberühmten Maschinenfabrik *Escher, Wyss & Co.* in Zürich oder des großen *Karstadt-Kon-*

<sup>1)</sup> Wenn ich in solchen Zusammenhängen von *Revolution* rede, so tue ich es, trotz der Gefahr, die in diesem Worte liegt, mit Bedacht, um über das heutige Pfuschen, Wursteln und Zögern hinauszuschieben. Kommt nicht eine gute, so kommt eine schlechte Revolution.

zerns in Berlin sind bloß Beispiele für das fortwährende Abbröckeln im Bergsturzgebiet. Fast noch bedeutsamer ist ein durch die Nachlässigkeit des Profitsystems erzeugtes Unglück wie das, welches in *St. Margrethen* im St. Galler Rheintal acht Arbeitern, darunter einer Mutter von zehn Kindern, das Leben gekostet hat, oder die Affäre der Couponsteuern in Frankreich, d. h. die Tatsache, daß in eine einzige Bank (die Handelsbank in Basel)<sup>1)</sup> gegen zweitausend französische Bürger, zum Teil große Politiker und Patrioten, sogar ein Bischof, ihre Gelder vor dem vaterländischen Fiskus geflüchtet haben. (Uebrigens ein neuer Ehrentitel für die Schweiz!) In solchen Erscheinungen tut sich die tiefe Verderbnis des ganzen Systems immer von neuem kund. Wie furchtbar die Krise schon gewütet hat, beweist auch die Feststellung amerikanischer Gelehrter, daß sie den Vereinigten Staaten allein 180 Milliarden Dollar Verlust gekostet habe. Das bedeutet: die Hälfte der Kosten des Weltkrieges oder die Hälfte des ganzen Nationalvermögens der Vereinigten Staaten im Jahre 1929. Wie viel sagen doch solche Zahlen dem, der sich zum Nachdenken Zeit nimmt.

### *Die Ermahnung des Sozialismus.*

Diese Dinge drängen immer wieder zum Sozialismus hin. In Amerika sei er gewaltig im Wachsen. Der Umstand, daß der sozialistische Präsidentschaftskandidat *Norman Thomas* statt 90 000 Stimmen bei der letzten Wahl diesmal 1½ Millionen erhielt, beleuchtet diese Tatsache noch nicht zur Genüge. Denn weil solche Stimmen als verloren gelten, infofern, als an einen Sieg des sozialistischen Kandidaten diesmal noch nicht zu denken war, stimmten eben Millionen, die eigentlich sozialistisch denken, für einen der andern. Da muß, wie einst in England geschehen, ein Durchbruch stattfinden. Viel bezeichnender für die Lage ist darum die Tatsache, daß bei einer Probeabstimmung an der Universität Columbia in Newyork 853 Studenten und Professoren für Hoover waren, 547 für Roosevelt, aber 1000 für Thomas.<sup>2)</sup> Ebenso ist es bedeutsam, daß bei den *englischen Gemeindewahlen* die Labour Party zwanzig neue Kommunen eroberte. Ebenso, daß ein *Thomas Mann* sich in Wien vor einer sozialdemokratischen Versammlung mit Worten von großer geistiger Höhe zum Sozialismus bekannte.

Man braucht also am Sozialismus nicht zu verzagen. Zu befürchten ist bloß, daß anstatt einer tiefgreifenden Besinnung, eines Umdenkens im Sinne einer besseren Grundlegung des Sozialismus ein oberflächlicher neuer Radikalismus trete, der meint, es sei mit einem lauteren Maulbrauchen und einer Verschärfung revolutionärer Phraselogie geholfen. Das hat offenbar *Hendryk de Man* in seinem

<sup>1)</sup> Von zwei *Genfer* Banken wird Aehnliches berichtet. 23. Nov.

<sup>2)</sup> Von andern Universitäten wird Aehnliches berichtet.

im übrigen ausgezeichneten Vortrag in Zürich über das Thema: „Die Krise des reformistischen Sozialismus“ nicht genug bedacht und daher zu dem Mißbrauch, den die Berichterstattung der „Marxisten“ damit trieb, Anlaß gegeben. Daß er durch eine Art Peccavi sich selbst als einen ehemaligen „Reformisten“ hinstellte, der nun anders denke, scheint mir eine merkwürdige Verkennung des Sachverhaltes zu sein (da doch de Mans Stellung über Revisionismus und Revolutionismus hinausführte und seine Hervorhebung der Verbürgerlichungsgefahr sicher alles andere als Reformismus war) und die Formulierung seiner Stellung zum Gewaltproblem seinem wirklichen Denken nicht ganz entsprechend, zum Mißverständnis verführend. Gerade vor *diesen* Abwegen ist vor allem zu warnen. Sie führen nicht zu einer neuen Erhebung, sondern zur endgültigen Niederlage.

Dagegen braucht die große *Gärung* innerhalb des Sozialismus nicht unbedingt schädlich zu sein. Wir dürfen sogar in dem Zusammenwirken von Kommunisten und Nationalsozialisten beim Berliner Verkehrsstreik ein gutes Zeichen erblicken. Verheißungsvoll ist vor allem die deutlich sichtbare Bewegung auf eine *Einigung* der beiden sozialistischen Hauptparteien hin.<sup>1)</sup> Bloß darf diese nicht durch jenen flachen Radikalismus erkauf werden. Und wenn bei den letzten Wahlen der deutsche Kommunismus durch Aufnahme nationalistischer Postulate (z. B. sofortiger Kündigung des Versailler Vertrages) sich glaubte eine erhöhte Zugkraft sichern zu müssen, so ist das ein arger Fehlritt. Denn der Sozialismus siegt nur durch seine eigene Kraft, nicht durch Vermischung mit Elementen, die ihn aufheben. Das Nationale muß vom Sozialismus *eigenartig* gestaltet werden, sonst wird er bloß vom Nationalismus verschlungen, wie er, bürgerlichen Kulturidealen huldigend, von der Bürgerlichkeit verschlungen wurde.

### *Die Schweiz in Gärung.*

Die Stagnation, in welche die Schweiz im Laufe des letzten Jahrzehntes, trotz allerlei Anläufen zu einem frischeren Leben, immer wieder verfiel, scheint nun einer neuen Beunruhigung zu weichen. Die Krise fängt an, uns immer stärker zu schütteln. Das eidgenössische Defizit für das Jahr 1932 beträgt 70 Millionen. Daß die Arbeitslosigkeit steigt, ist schon anderwärts bemerkt worden. Die Todesnot ganzer Industriezweige dauert an. Auch Fäulniserscheinungen, wie der große Alkohol- und Couponschmuggel, die letztthin aufgedeckt wurden, treten immer wieder zutage.

So scheint denn auch etwas wie ein geistiges Erwachen auf dem Totengefilde unserer Politik vor sich zu gehen. Die *Neue Helvetische*

<sup>1)</sup> *Löbe*, der deutsche, und *Bauer*, der österreichische Führer, haben inzwischen in großen Reden ebenfalls stark die Einigung proklamiert. 19. Nov.

*Gesellschaft*, die leider im Großen und Gauzen zu wenig eine Weckerin, zu fehr ein Barometer oder Thermometer ist, hat aus der Empfindung heraus, daß wieder etwas „gehe“, die *politische Jugend* der Schweiz zu einer Versammlung in Bern eingeladen. Es stellten sich die Vertreter der katholischen und liberalen Jugend wie der „Neuen Front“ ein. (Die bäuerliche und die sozialistische fehlte.) Das Thema war das Verhältnis von Staat und Wirtschaft. In der eifrigen und im Ganzen auf der Höhe stehenden Diskussion hätten sich Katholiken und Neue Front in der Forderung des Korporationsstaates zusammengefunden, während die Vertreter des Liberalismus den Versuch machten, die Privatwirtschaft zu retten, wenn auch nicht ohne Vorbehalt. Man wird eine solche Ausprache als gutes Zeichen betrachten dürfen, ohne dieses zu überschätzen.

Den größten Eindruck von all dem, was auf Schweizerboden in der letzten Zeit geschehen ist — abgesehen von den Genfer Ereignissen — hat auf mich das Verhalten des Freiburger *Staatsrates Perrier* gemacht. Er hat sein Amt niedergelegt und seinen Sitz im Nationalrat wie das Präsidium der katholisch-konservativen Fraktion der Bundesversammlung und die Anwartschaft auf weiteren politischen Aufstieg aufgegeben, um sich in ein französisches Benediktinerkloster zurückzuziehen — alles nicht etwa infolge von politischen Niederlagen oder persönlichen Kompromittierungen, sondern einem starken Zug der Seele nachgehend. So etwas gibt es also noch! Wenn der Geist, der sich darin äußert, wieder allgemeiner wird und sich dann auch in anderen Formen und auch auf nichtkatholischem Boden kund tut, dann wird erst die tiefe Regeneration der Schweiz und noch Anderes, Größeres, möglich sein.

### *Die Kirche und das Dritte Reich.*

So lautet der Titel einer Schrift, die vor kurzem erschienen ist.<sup>1)</sup> Es ist darin eine der größten Schicksalsfragen des gegenwärtigen Christentums und vor allem des deutschen Protestantismus enthalten. Wird er sich von seinem Bündnis mit dem Nationalismus, also mit dem Heidentum, erholen können? Es besteht die Gefahr, daß er einer gewaltigen Katastrophe entgegengesetzt wird. Wenn freilich das Verhältnis der Stimmen, die in dieser Schrift sich für und gegen das Hitlerische Dritte Reich äußern (denn um dieses handelt es sich), der Haltung des deutschen kirchlichen Protestantismus entspräche, brauchte man keine Angst zu haben. Denn die meisten dieser Stimmen lehnen die Hitlerreligion ab, oft mit großer Schärfe und Tiefe. Aber man weiß, daß im Ganzen in der deutschen evangelischen Kirche das Verhältnis eher umgekehrt ist.

<sup>1)</sup> Bei Leopold Klotz in Gotha. Mit dem Untertitel: „Fragen und Forderungen deutscher Theologen.“

Ich stelle zwei Arten von Aeußerungen einander gegenüber.

I. Wenn aber die Kirche das Gewissen des Volkes ist, so erkennt sie damit das Volk an als den lebendigen Leib, in dem ihr ganzes Leben sich abspielt und ihre Aufgabe erfüllt werden muß, als die umfassende menschliche Gemeinschaft, die sie zu einer wahren Gemeinschaft im Geiste des Schöpfers und Jesu Christi führen soll. Erst in einer solchen wird das Volk als Volk wirklich vollendet.

Die Kirche muß es der jungen deutschen Freiheitsbewegung danken, daß erst in ihr das deutsche Volk als ein einheitliches Lebewesen wirklich wieder vorhanden ist. Erst in diesem Naturganzen finden alle Taten und Gesinnungen des Christentums ihr Ziel und ihre Verwirklichung. Sie muß es ihr weiter danken, daß sie das Volk nicht nur aus NaturgröÙe, sondern als die umfassende sittliche und göttliche Aufgabe erfaßt hat, in der alle Einzelleben nur Glieder sind, das selber nicht zum Nutzen der Einzelnen, sondern als ein Gotteswerk um feiner selbst willen da ist.

Sie stellt die Gesinnung des Kreuzes in den Dienst des Volkes, wie auch Christus sein Werk ganz bewußt bis zum Tode in den Dienst der göttlichen Berufung seines Volkes gestellt, so allein sich selbst vollendet und der ganzen Welt das Heil gebracht hat.

Luther sah sein ganzes Werk bedroht, weil herabgezogen aus dem Feld des Göttlichen und Seelischen in die Niederung des Irdischen und Leiblichen. Die Führer der Schwärmer endeten am Lambertiturm in Münster. Das Reich Gottes ist ein Reich der Ueberweltlichkeit und Innerlichkeit, ein Reich, da Gottes Wille geschieht, hier zeitlich und dort ewiglich.

Der Kirche muß es genügen und darf es genügen, wenn ihre Daseinsberechtigung im Dritten Reich nicht nur anerkannt, sondern sogar garantiert wird.

Wenn die deutsche Kirche in solchen Gedanken stecken bleibt, ist sie verloren.

II. Den Weg, den sie zu gehen hat, zeigt das Votum unseres Freundes *Emil Fuchs*:

Hier stehen wir nun vor der erschütternden Tatsache, daß weiteste kirchliche Kreise zusammen mit der nationalsozialistischen Bewegung die Aufgabe unseres Volkes nur als äußere Machtbehauptung sehen können. Sie empfinden jede Einschränkung seiner äußeren Macht, seines äußeren Lebensraumes, seiner Militärgewalt usw. als Lebenshemmung, Lebenszerstörung. Sie sind völlig außerstande, zu begreifen, welche gewaltigen Aufforderungen und Möglichkeiten mächtigster Lebensentfaltung und Lebensbehauptung dadurch gegeben sind, daß gerade unser Volk in den Mittelpunkt der Not gestellt wird, in der die Menschheit den Zusammenbruch bisheriger Zusammenordnung und Zwang zu völliger Neuordnung ihres Daseins erlebt. Man ist in diesen Kreisen völlig außerstande, zu sehen, daß das leidenschaftliche Ergreifen der neuen Lebensaufgabe, die Zielsetzung, neue Gerechtigkeit, neuen Zusammenhang, neue gesellschaftliche Gestaltung zu schaffen, allein ein Volk mit Leben füllen und zu einem Träger des Lebens der Menschheit machen kann. Man wagt nicht, auf die bisherigen Schutzmittel der Existenz und Machtmittel der Selbstbehauptung zu verzichten in jener ängstlichen Selbstbehauptung, die, indem sie das Opfer, die Gefahr für die Existenz verweigert, das Hereinströmen neuer Lebenskräfte unmöglich macht. — Das aber ist jene eigentliche Gottlosigkeit so großer Kreise unseres Volkes und unserer Kirche, die wohl singen: „Ein feste Burg ist unser Gott“, aber nicht glauben, daß Gottes Kräfte Leben sind, sondern Lebensbehauptung nur sehen, wo man mit irdischen Mitteln sein und seines Volkes Leben sichert.

Daß unsere Kirche unser Volk nicht losreißen kann — ja, nicht einmal losreißen will von dieser ängstlichen Sorge um seine äußere Machtstellung mit den Mitteln der vergangenen Zeit, das ist ihr zweites Versagen. Sie wird dadurch mitschuldig daran, daß unser Volk seine weltgeschichtliche Aufgabe versäumt und in kurzsichtigem Kampf um Selbstbehauptung mit allen Mitteln seine Zukunft zerstört.

Das Gedankengebäude eines der gewaltigsten Denker der Menschheit, des Karl Marx, konnte zum Schlagwort armeligen Kampfes werden. Ein „Marxist“ ist von vornherein gerichtet. Man setzt sich nicht geistig mit ihm auseinander. Man weigert sich auch hier, zu prüfen, ob man nicht lieb gewordene Weltanschauung, in die man sich behaglich eingelebt hat, der Wahrheit zuliebe opfern muß. — Das selbe gilt für den „Pazifismus“. Ein Minister sogar darf beleidigend von „Pazifisten“ sprechen. — Man weigert sich der Fragestellung, ob es nicht eine sehr viel wirkungsvollere Selbstbehauptung eines Volkes gibt als die mit militärischer Macht. Man ist außerstande, zu verstehen, daß es eine solche Selbstbehauptung gibt, eben weil man an die weltbeherrschende Gewalt des Opfers, der Gerechtigkeit, des göttlichen Willens nicht glaubt — sich aber „Christ“ nennt —. So ist es zum Mord von Rathenau gekommen. So können Männer von internationalem Ruf und ehrfurchtgebietendem Charakter in deutschen Städten nicht mehr unbelästigt über die Straße gehen, wenn sie einmal in einer dieser Richtungen bekannt geworden sind.

Daß unsere Kirche nicht ganz deutlich abrückt von diesen Methoden und der ganzen Glaubenslosigkeit, die sich im Verweigern der geistigen Auseinandersetzung zeigt, ist deutlichstes Zeichen dafür, daß sie nicht Botin des Evangeliums für unser Volk ist.

Hat die Kirche das Ihre getan, um diesem Meer armeligster Verleumdung Inhalt zu gebieten? Hat sie das Ihre getan, um gegenüber der Aufstachelung der Leidenschaften gegen den Vertrag zu Versailles unser Volk zu einer wahrhaft christlichen und wahrhaft von innerer Kraft getragenen Haltung und Politik zu ermutigen? Allen diesen Fragen gegenüber kann man nur sagen: Die evangelische Kirche hat sich so stark mitreißen lassen in Dinge hinein, die mit christlicher Haltung unvereinbar sind, daß man schaudernd davor steht, gerade wenn man seine Kirche liebt.

Ja, unser Volk ist von Gott geschaffen. Das fühle ich gerade darin, daß ihm heute wieder solch ungeheure Aufgaben und Entscheidungen gestellt sind. — Ihm ist heute die Frage gestellt, ob es Führer im Kampf um die Neugestaltung der Menschheitsordnung sein will, ob es in Neugestaltung der Wirtschaftsordnung mithelfen will, den Menschen von der Uebermacht der Sachen zu befreien, ob es führend mithelfen will, die Selbstbehauptung der Völker zu wandeln in den Dienst, den sie durch ihre Kraft und Größe einander leisten. — Wo man von der Heiligkeit großer Aufgabe ergriffen werden kann, da ist Schöpfung Gottes. Wo man sich dieser Aufgabe weigert, da entscheidet man sich für jene selbstfüchtige Selbstbehauptung, die Streit, Zerrüttung, Tod des Einzelnen und der Völker in sich trägt.

Wo ist unsere evangelische Kirche, daß sie unserm Volk den evangelischen Glauben kündete, aus dem es die Kraft zu dem Opfer fände, in dem ihm sein Leben geschenkt würde? Alle jene „völkischen“ Kräfte, die man künstlich, wissenschaftlich, durch Erziehung und sogar durch Nationalisierung der Religion erneuern will, werden aufleben, sobald ihnen die entscheidende, große Aufgabe aufgegangen ist, der sie heute dienen sollen und müssen. Und sie alle werden verkümmern, solange unser Volk in kurzsichtigem, materialistischem Machtglauben sein Leben erhalten will durch Gewalt, Heer, faschistische Organisation und sich dem Opfer weigert, das die Menschheitsaufgabe von ihm fordert — und in der Aufgabe dieser Zeit der, der die Zeiten lenkt. —

Zu welcher Redensart macht man den Kampf gegen den Marxismus! Die „Marxisten“ schufen 1919 die Reichsverfassung, weil sie hofften, durch Demokratie, auf dem Weg friedlicher Verständigung mit den andern Gruppen des Volkes, die Zukunft gestalten zu können. — Die Antimarxisten sorgen, daß Karl Marx recht behält, der sagte, daß nie eine privilegierte Schicht ihre Privilegien ohne gewaltsamen Kampf aufgegeben hat. — Als die Arbeitermassen in der Macht waren, schufen sie den Vertrag mit den andern. Da diese sich nun wieder in der Macht glaubten, brechen sie den Friedensvertrag und wollen mit Gewalt die Maf-

sen um ihr Recht bringen. — Und eine „Kirche“ steht „neutral“, d. h. mit ausgesprochenen Sympathien für den Klassenkampf von oben her dabei. — Sie wirft sich dieser Entfesselung der Gewalt und der verhängnisvollen Macht des Glaubens an die Gewalt nicht mit aller Wucht christlicher Frömmigkeit entgegen. — Sie glaubt an die Worte, und weigert sich, die Taten zu sehen. Warum? Weil sie eben vom Geist der Privilegierten befangen ist.

Gehört es nicht zur großen Tragik derer, die heute evangelische Christen sein wollen, sein müssen, daß sie drüben in der katholischen Kirche mehr Klarheit über das finden, was Jesu Botschaft vom Menschen heute fordert, als in der Kirche, die sich nach dem Evangelium nennt? — Dort deshalb führende Macht über die Menschen, bei uns hilfloses Nachlaufen hinter jeder Zeitbewegung ohne jene Fähigkeit, zu erkennen, ob sie das Leben oder den Tod bringt.

Aber das ist doch die eigentliche Gabe, die uns unsere Frömmigkeit gibt, daß wir erkennen, was Leben und was Tod ist — Leben, wo man zur Hingabe des Lebens gefordert wird — Tod, wo man sich und sein Leben will. — Das gilt auch den Völkern — ja, auch den Völkern, denn es ist Gottes Weltordnung so.

16. November.

*Leonhard Ragaz.*

## Rundschau

### Zur Chronik.

1. *Friedensbewegung und Abrüstung.* Die *englischen Kirchen* haben durch ihre Vertreter bei Macdonald und Simon für eine radikale Abrüstung und eine Be seitigung des Waffen- und Munitions handels plädiert, leider auch unter Verwendung der irreführenden Losung von der „Gleichberechtigung“. An einer „*frei finnigen Akademikertagung* in Lausanne wurde auch das Problem der Armeen und Wehrhaftigkeit diskutiert. Daß in diesem, hauptsächlich aus unserer fatte sten und reaktionärsten Bourgeoisie rekrutierten Kreise für die Abrüstung der *Schweiz* viel Stimmung vorhanden sei, hat wohl niemand erwartet. Auch die in jeder Beziehung nahen Genfer Ereignisse waren durch die Preßlügen des Eindrucks, den sie vielleicht hätten machen können, beraubt. Einige Oppositionstimmen wurden doch auch hier laut. „Beifall gab es für die Vertreter beider Richtungen“, sagt der Bericht der „*Neuen Zürcher Zeitung*“. Den Geist der Versammlung und leider eines noch zu großen Teils unseres Volkes drückt dessen weitere Formulierung aus, daß die Resolution „die Notwendigkeit einer wirksamen Landesverteidigung und einer *Stärkung des Wehrwillens* beim *Schweizervolk* hervorhebe, und sich zugleich auf den Boden eines umfassenden Rüstungsabbaus auf *internationalem* Boden stelle.“ (Die Sperrungen sind auch in der Resolution enthalten.) Aufrüstung bei uns, Abrüstung bei den andern, das ist für diese Leute die „*Mission der Schweiz*“.

*Motta* hat in der Abrüstungskommission lebhaft für das Verbot des Luft krieges, aber noch etwas lebhafter gegen das Verbot der Gasmasken plädiert. Auch das ist „gut schweizerisch“: für die Abrüstung (der andern!) eifern und doch nicht an sie glauben!

*Herriot* hat in Lens vor den ungeheuren Soldatenfriedhöfen jener Gegend eine Friedensrede gehalten. Wenn nur seine Friedenstaten ebenso treffend wären!

Die *dänischen Wahlen* zu dem Folkething (dem Unterhaus), die für Dänemark selbst wirtschaftlich bedingt sind, haben für uns infofern Interesse, als sie die jetzigen Regierungsparteien an der Macht erhalten und infofern die Abrüstungsbewegung nicht matt setzen. Diese ist bekanntlich, soweit das Parlament in Betracht kommt, bloß durch eine ganz kleine Mehrheit des Landsting (Oberhaufes) an ihrem Siege verhindert.

Dem französischen ist ein *englischer Abrüstungsvorschlag* gefolgt und durch Simon dem Bureau der Abrüstungskonferenz vorgelegt worden. Er sieht im